



# IMPULSE FÜR DIE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Thesenpapier des Fachforums Security & Defence



GRÜNER  
WIRTSCHAFTS  
DIALOG

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.  
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin  
030 2868 3434 [info@g-wd.de](mailto:info@g-wd.de)  
[www.gruener-wirtschaftsdialog.de](http://www.gruener-wirtschaftsdialog.de)

**Einleitung.** Das vorliegende Thesenpapier ist Ergebnis mehrerer Austausche im Rahmen des Fachforums Security and Defence des Grünen Wirtschaftsdialogs. Es ist in engem Austausch mit Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entstanden, stellt unter der Vorstellung eines gesamtheitlichen Ansatzes jedoch keinen Konsens oder Einzelpositionen von Unternehmen dar. Es ist vielmehr ein Impuls, der die sicherheits- und verteidigungspolitische Diskussion in Deutschland auf eine Maßnahmenebene runterbrechen soll.

**Ausgangslage.** Die neue Bundesregierung wird sich im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der kommenden Legislaturperiode zwei zentralen Herausforderungen stellen müssen:

*Erstens* stellt sich die Frage, wie die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr in allen Domänen trotz signifikanter finanzieller Überplanungen nachhaltig gesichert werden kann. Gerade mit Blick auf die Einsatzbereitschaft zentraler Systeme, den Digitalisierungsgrad der Verbände und die bekanntermaßen komplexen und schleppenden Beschaffungsprozesse fallen bisherige evolutionäre Lösungsansätze in weiten Teilen hinter die Ambitionen von Politik, den Erwartungen der Streitkräfte sowie der Industrie trotz den Zusagen an Verbündete zurück.

#### Key Facts:

- Der Verteidigungshaushalt steigt: 2021 auf 46,9 Mrd. € (im vgl. zu 45,65 Mrd. € Vorjahr).
- Zur Deckung des unabdingbaren Bedarfs und der Vorbelastungen wird ein Finanzbedarf von rund 50,7 Mrd. € im Jahr 2022 erforderlich.
- Die materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr liegt im Vergleich zum Soll bei rund 25% (Vom nutzbaren Drittel der 71 Hauptwaffensysteme befindet sich ein Drittel in Wartung/Umrüstung/Werkstatt).
- Die Wehrbeauftragte spricht von vier Jahren Bearbeitungszeit für *einfache* Beschaffungsgesuche (Nachtsichtgeräte, Schutzwesten).
- Die sog. „25 Mio. € Vorlage“ für eine gesonderte Prüfung durch den Haushaltsausschuss wurde seit 1981 (ursprünglich 50 Millionen Mark) nicht mehr angepasst.
- Die durchschnittliche Dauer einer solchen Beschaffungsvorlage liegt bei über 12 Monaten.

*Zweitens* stellt sich die Frage, welche Rolle die industrielle Basis in Deutschland und Europa in der Gewährleistung dieser Handlungsfähigkeit aus Sicht der Politik in Zukunft spielen soll. Gerade für eine strategische (Neu-)Ausrichtung, die den Status quo in Europa überwinden soll, bedarf es klaren politischen Zielvorstellungen, die gegenüber europäischen wie NATO-Partnern kommuniziert und mit industriepolitischen Maßnahmen gefestigt werden müssen.

Sollten diesen Herausforderungen nicht mit genug Aufmerksamkeit, politischem Kapital und auch einer erhöhten Risikobereitschaft für transformative Prozesse begegnet werden, besteht die Gefahr, dass die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr, und damit die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung im Sinne einer strategischen Krisenprävention gegenüber ihrer internationalen Verantwortung, weiter sinken wird.

**Die Rolle der Politik.** Die kommende Regierung sowie das Parlament müssen einen neuen politischen Gestaltungswillen in Deutschland zu Sicherheits- und Verteidigungspolitik prägen, welcher im Kern die Formulierung konkreter Sicherheitsinteressen für Deutschland und die EU voranstellt und aus denen sich entsprechende Maßnahmen, auch zur Industriepolitik im Sicherheits- und Verteidigungssektor, ableiten lassen. Eine solche Strategiekaskade, die sowohl Transparenz für strategische Partner als auch Planungssicherheit für die Industrie schafft, fehlt derzeit in weiten Teilen. Die weiter unten formulierten priorisierten Handlungsempfehlungen/Maßnahmen stellen dabei konkrete Impulse für politische Entscheidungsträger:innen dar, die in eine umfassende Strategiekaskade einbaut werden können.

## GEMEINSAME PRIORITÄTEN UND ZIELBILDER

Vorangestellt gilt es, drei Kernprämissen einer gefestigten Sicherheits- und Verteidigungspolitik festzuhalten, die den politischen Gestaltungswillen der zukünftigen Bundesregierung prägen sollten. Die drei Kernprämissen lauten:

1. **Primat der Politik fortentwickeln**
2. **Europäische Ansätze verfolgen**
3. **Demokratische Grundsätze stärken**

**Primat der Politik fortentwickeln.** Der Primat der Politik in Verteidigungsfragen stellt heutzutage auf deutscher wie europäischer Ebene weniger eine Feststellung dar als einen immer lauter werdenden Appell: Das Fehlen strategischer Gesamtansätze in Deutschland und der EU in Sicherheitsfragen und der fortschreitende Verlust des staatlichen Steuerungs- und Gestaltungsmonopols in der Entwicklung militärischer Fähigkeiten stellen eine mit Sorge zu betrachtende Entwicklung dar. Die zukünftige Bundesregierung sollte auf eine entschiedene Rückbesinnung und Weiterentwicklung des Primats der Politik auf nationaler wie europäischer Ebene setzen. Dies bedeutet vor allem, dass in politischen Institutionen entsprechende Verantwortlichkeiten und Steuerungsinstrumente entgegen der derzeitigen Stagnation weiterentwickelt werden müssen.

**Europäische Ansätze verfolgen.** Es ist keine neue Erkenntnis, dass andauernde und nachhaltige politische Verwerfungen im internationalen Staatensystem die Notwendigkeit für verstärkte *krisenresiliente* Fähigkeiten staatlichen Handelns in Europa offengelegt haben. Hierzu gehört im Kontext der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch die gesammelte Handlungsfähigkeit der europäischen Streitkräfte und die hierfür notwendige industrielle Basis. Um in diesem Feld notwendige Fortschritte zu machen, müssen Politik wie Industrie in der EU bereit sein, nationale Strukturen mittelfristig zu integrieren. Beispielsweise bieten Initiativen wie der EDF und PESCO finanzielle Anreize für die Entwicklung europäischer Systeme, jedoch bleiben politische Fragen wie die des Rüstungsexports und industriepolitischer Maßnahmen klares nationales Territorium mit einem sich verstärkenden Blick auf den Schutz der heimischen Industrie. Dabei gilt es insbesondere Programmduplikationen mittelfristig zu vermeiden. Diesen Herausforderungen ist mittelfristig nur mit einem vernetzten, europäischen Ansatz zu begegnen, wobei anzuerkennen ist, dass hier zunächst bi- oder trilaterale Schritte mit den politischen wie wirtschaftlichen Partnern in der EU (wie zum Beispiel Frankreich und Italien) notwendig sind.

**Demokratische Grundsätze stärken.** Demokratische Systeme, gerade im Kontext einer kaskadierenden geopolitischen Rezession, bedürfen aktiver und steter Verstärkung ihrer Werte in innen- wie außenpolitischen Dimensionen staatlichen Handelns gestützt durch eine glaubwürdige Durchsetzungsfähigkeit. Dabei wird unter der Verfestigung demokratischer Grundsätze vor allem die fortschreitend *werteorientierte* Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und der EU verstanden. Dabei ist auf nationaler wie europäischer Ebene die effektive Kommunikation demokratischer Werte zwangsläufig auch von grundlegenden Entscheidungen in der Rüstungskoooperation und der Exportpolitik abhängig. Hierbei sind gerade politische Institutionen gefragt, klare Signale zu formulieren, inwiefern Demokratien außerhalb der EU in Zeiten zunehmender internationaler Instabilität gerade in Fragen der kritischen Infrastruktur, dem Außengrenzschutz, oder der Krisenprävention und -bewältigung verstärkt durch das industrielle Fähigkeitsspektrum in Europa gestützt werden können.

## IMPULSE

Aufbauend auf den oben formulierten Herausforderungen und Prämissen stellen die folgenden Impulse einen priorisierten Maßnahmenkatalog dar, der im Rahmen der bisherigen Dialogformate entstanden ist. Die Impulse konzentrieren sich dabei auf folgende Themen:

Beschaffung

Rüstungskooperation

Schlüsseltechnologien,  
Innovation &  
Digitalisierung

Rüstungsexport

### Beschaffung

**Testen ohne Beschaffungsvorgang.** Truppenübungsplätze, relevante Kommandos und die Spezialkräfte sollten in wesentlich größerem Maße mit entsprechender Entscheidungsbefugnis ausgestattet werden, um mit Unternehmen bereits in der Entwicklungsphase ohne einen Beschaffungsauftrag neues Gerät im Feld zu testen. Unternehmen bekommen so direkt Feedback von der Truppe; Soldat:innen wie Unternehmen profitieren von einem iterativen Entwicklungsprozess.

**Stärkung des Wettbewerbs und agiler Entwicklungsansätze.** Ausschreibungen und Beschaffungsentscheidungen sollten den unternehmerischen Wettbewerb von reellen Systemen auf dem Feld in den Vordergrund stellen: Anstatt mit Anforderungen im antiquierten Wasserfall-Ansatz und nur auf Papier existierenden Konzepten Beschaffungsentscheidungen zu treffen, sollte der Beschaffungsvorgang zunehmend agil gestaltet werden. Hierzu zählt, dass die Bundeswehr, wo möglich, zunächst Grundanforderungen an ein potenzielles System stellt und interessierten Unternehmen finanzielle Zusagen sowie eine feste Deadline zur Entwicklung funktionsfähiger Prototypen bietet. In einem weiteren Schritt werden die Systeme unter Einsatzbedingungen getestet und zur weiteren Entwicklung integrierte Produktteams im Sinne eines agilen Wertstroms gebildet (im Gegensatz zu getrennten und hierarchisierten Silos). Das System, welches die Grundanforderungen erfüllt und unter Einsatzbedingungen überliegt, erhält den Zuschlag für Entwicklung und Produktion.

**Dezentralisierung der Beschaffung.** Neben der grundsätzlichen Notwendigkeit, innerhalb des Geschäftsbereichs BMVg dezentral verteilte fachliche Kompetenz mit entsprechender Entscheidungsbefugnis organisatorisch und faktisch auszustatten, sollten insbesondere die Inspekteur:innen der Bundeswehr dazu befähigt werden, die Formulierung von Anforderungen und Priorisierungen in der Beschaffung für die jeweiligen Teilstreitkräfte zu verantworten.

**Verstärkte Nutzung von Standardverträgen.** Beschaffungsprozesse für niedrighwellige Beschaffungen (<500.000 Euro) sollten durch digitale Workflows vereinfacht und durch Branchenvereinbarungen standardisiert werden.

## Rüstungskooperation

**Stärkere Nutzung bestehender Angebote auf EU- und NATO-Ebene.** Bestehende Förderungsmöglichkeiten und -angebote von PESCO, EDF und Partnerländern für gemeinsame Initiativen sollten mit Blick auf KMU und Startups stärker durch zuständige Ministerien (insb. das BMVg) administrativ unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung von Fähigkeiten, die nicht in Deutschland souverän gewährleistet werden können. Weiterhin sollte sich die Bundesregierung verstärkt darum bemühen, im Gleichschritt mit europäischen Partnern Positionen in relevanten Initiativen strategisch zu besetzen.

**Konzeption einer Strategie für krisenresiliente Ressourcensicherheit.** Um die Produktion sicherheitsrelevanter Güter in einem Krisenszenario zu gewährleisten, braucht es ein (nationales) System zur Erfassung, Sicherung, Recycling und möglichen Verteilung strategisch relevanter Ressourcen an Produzenten (Bsp. Lithium, Rhenium, Kobalt, etc.). Bisherige Ansätze zur Ressourcensicherheit beschränken sich auf Treibstoffvorräte und einzelne Depots und greifen somit zu kurz. Während die Umsetzung einer solchen Strategie zunächst einen Fokus auf die Versorgung in Deutschland hat, sollte mittelfristig eine Koordination mit NATO-Partnern anvisiert werden.

**Ausbau der bilateralen Kooperationen mit europäischen Partnern.** Mit dem Blick auf die Realisierung eines Rüstungsbinnenmarktes stellen ausgewählte Partner in den europäischen EU- und NATO- Staaten im Kontext der Rüstungskooperation eine bisher wenig genutzte Chance dar. Dies gilt insbesondere für die Niederlande und ausgewählte osteuropäische sowie baltische Partner. Die gemeinsame Beschaffung von Material sowie Absprachen zu Standard- und Rahmenverträgen im unterschweligen Bereich sind hier gezielt zu verfolgen.

## Schlüsseltechnologien, Innovation & Digitalisierung

**Sicherheitspolitische Notwendigkeit und Fokussierung.** Die Klassifikation „militärische Schlüsseltechnologie“ bedarf einer für Unternehmen transparenten sicherheitspolitischen Begründung. Das Instrument Schlüsseltechnologie sollte im rüstungspolitischen Bereich nicht als rein wirtschaftsschützende Maßnahme eingesetzt werden. Die Bundesregierung wird sich hierbei in einer national gesteuerten Förderung auf bestimmte Technologien fokussieren müssen und muss darüber hinaus eine europäische Absicherung koordinieren. In diesem Kontext ist insgesamt das Thema Daten deutlicher in den Fokus zu ziehen.

**Schutz der Lieferketten.** Die gesamte Lieferkette einer militärischen Schlüsseltechnologie erhält in Europa einen Investitionsschutz und wird, sofern relevant, durch entsprechende industriepolitische Maßnahmen innerhalb eines mittelfristigen Zeitraums (< 5 Jahre) nur mit Lieferketten aus EU- / NATO- oder strategischen Partnerländern vollumfänglich hergestellt.

**Ankerverträge.** Die Bundeswehr wird in die Lage versetzt, insbesondere als „militärische Schlüsseltechnologien“ klassifizierte Rüstungsgüter durch mehrjährige Ankerverträge zu sichern. Dies soll vor allem Start-Ups in diesem Sektor begünstigen, mit größerer Planungs- und Ressourcensicherheit zu agieren. Durch ein solches Instrument werden insbesondere die notwendigen Deep Tech Ansätze ermöglicht. Langfristig sollte für Ankerverträge eine europäische Perspektive mitgedacht werden.

**Beschaffungsvorrang.** Schlüsseltechnologien im Sicherheits- und Verteidigungssektor bekommen einen Beschaffungsvorrang und können weiterhin mit geringeren administrativen Hürden im Feld getestet werden.

**Digitale Souveränität der Bundeswehr.** Die Bundeswehr wird zu einer „digitalen Souveränität“ befähigt und ein Software-zentrierter Ansatz nicht nur in der Anwendung, sondern bereits bei der Beschaffung mitgedacht.

**Übermittlung von Source-Codes im Falle von Künstlicher Intelligenz.** Eine herauszustellende Maßnahme ist, dass Teile des Source-Codes jeder Software, die direkt zur Generierung von Zieldaten, der KI-gestützten Entscheidungsfindung oder Ähnlichem genutzt wird, der Bundeswehr und relevanten Bündnispartnern übermittelt wird. Dies soll eine durch das Parlament gesteuerte Überwachung mit Blick auf ethische Grundsatzfragen gewährleisten.

## Rüstungsexport

**Festlegen gemeinsamer Richtlinien zwischen Deutschland, Frankreich und Italien.** Um in der EU langfristig gemeinsam im vorliegenden Kontext zu agieren, benötigt es zunächst einen politischen Kompromiss zwischen den drei größten Herstellern und Nutzern von militärischem Gerät. Dieser Kompromiss muss insbesondere gemeinsame Grundlage in der strategischen Rolle und dem Vorgehen bei Rüstungsexporten beinhalten.

**Mitentscheidungskompetenz des Europaparlaments.** Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass das europäische Parlament beim Export von Rüstungsgütern in Drittstaaten eine Kompetenz zur Mitentscheidung erhält. Dies gilt für Güter, die in der Erforschung, Entwicklung oder Anpassung aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

**Revision der bisherigen Offset-Strategie.** Die Bundesregierung muss sich in der EU dafür einsetzen, dass im militärischen Bereich die faktische Anwendung von Offset-Geschäften minimiert wird. Das Ziel bleibt dabei, durch gemeinsame Anpassungen auf europäischer Ebene Offset-Regeln einzustellen.

**Eingeschränkter Export von Schlüsseltechnologien.** Der Export von als „Schlüsseltechnologien“ klassifizierten Rüstungsgütern außerhalb der EU / NATO sollte nur stark eingeschränkt möglich sein.

**Anpassung des Genehmigungsprozesses.** Der bisherige Genehmigungsprozess für Rüstungsexporte in Deutschland sollte dahingehend angepasst werden, dass die Verhandlungen und entsprechende Zusagen auf politischer Seite im mehrstufigen Prozess vor die Vertragsverhandlungen zwischen Unternehmen und den entsprechenden Regierungen gestellt werden.

**Transparente Staatenliste.** Es besteht bisher keine transparente Übersicht zu Staaten, die neben EU- und NATO -Staaten von der Bundesregierung als strategische Partner im Kontext der Rüstungskooperation und -export gesehen werden. Die Konzeption einer solchen Liste würde sowohl dem anvisierten Primat der Politik entsprechen als auch den Prozess des Rüstungsexports transparenter machen.

---

## IMPRESSUM

Dieses Positionspapier wurde von Marco Lotz im Rahmen seiner Tätigkeit für Themenentwicklung Security & Defence für den Grünen Wirtschaftsdialogs erstellt. Es ist in engem Austausch mit Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entstanden. Die Aussagen wurden in mehreren Treffen des Fachforums Security & Defence diskutiert.

**Die Anliegen und Perspektiven der beteiligten Unternehmen sind in das Papier eingeflossen, es erhebt jedoch nicht den Anspruch, einen Konsens für das Fachforum zu formulieren.**

*Der **Grüne Wirtschaftsdialog e.V.** (GWD), 2018 gegründet, ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen und Personen, die gegenseitiges Verständnis und offene Kommunikation zwischen Unternehmen und der Politik im Allgemeinen sowie politischen Entscheidungsträger:innen von Bündnis 90/Die Grünen im Besonderen fördern wollen.*

*Gemeinsames Anliegen ist es, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft mitzugestalten - zur Sicherung Deutschlands als zukunftsfähigem Wirtschaftsstandort. Hierfür bietet der GWD eine Dialogplattform und versteht sich dabei als Brückenbauer zwischen Politik und Unternehmen.*